

<http://www.wdr5.de/sendungen/tagesgesprach/s/d/14.10.2010-09.20.html>

Tagesgespräch

Sendung vom 14.10.2010, 09:20 bis 10:00 Uhr

MODERATION:

- [Ralph Erdenberger](#)
-



Die Polizei, dein Freund und Helfer?

Fühlen Sie sich ausreichend geschützt durch unsere Polizeibeamten?

Die innere Sicherheit stehe "vor dem Kollaps" , der Normalbürger sei "nur noch bedingt sicher" - diese Warnung kommt vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg. Mit Blick auf die zahlreichen Großeinsätze, die die Polizeibeamten im ganzen Land auf Trab halten - Stuttgart 21, die erwarteten Castor-Transporte in Niedersachsen und Antiatomdemonstrationen - beklagte er, dass gesellschaftliche Konflikte auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten ausgetragen würden. Gestern brachte die Bundesregierung passend dazu einen Gesetzentwurf auf den Weg, nach dem Widerstand gegen Polizisten künftig härter bestraft werden soll.

Wie nehmen Sie diese Diskussion wahr? Haben Sie Verständnis für die Klagen und Warnungen der Polizei? Wie nehmen Sie die Polizeipräsenz in Ihrem eigenen Alltag wahr? Fühlen Sie sich ausreichend geschützt? **Haben Sie Erfahrungen gemacht mit dem Einsatz von Polizeibeamten? Und was halten Sie von der geplanten Strafverschärfung bei Widerstand gegen die Staatsgewalt?**

Studiogast: Dieter Wehe, Oberster Polizeiinspekteur

Rufen Sie uns an - kostenlos unter 0800 / 56 78 555.

Redaktion:

Kirsten Pape

[Bitte den "Knigge fürs Kommentieren" beachten \[Forumsregeln\]](#)

Ihre Meinung zu dieser Sendung:

Es wurden noch keine Kommentare abgegeben.

Anregungen für die Redaktion

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kommentare? Dann schreiben Sie uns:
tagesgesprach@wdr.de

<http://www.wdr5.de/nachrichten/wdr5-nachrichten.html>

WDR5 Nachrichten

Kabinett zu E-Mail-Sicherheit, Polizeischutz

Wer Gewalt gegen Polizisten anwendet, wird künftig härter bestraft. Das Bundeskabinett billigte einen Gesetzentwurf, mit dem das Strafmaß für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von zwei auf drei Jahre erhöht wird. Bis zu fünf Jahre Haft sind für besonders schwere Fälle vorgesehen, etwa wenn eine Waffe oder andere gefährliche Gegenstände eingesetzt wurden. Ferner verabschiedete das Kabinett einen Gesetzentwurf, der einen Rahmen für sogenannte De-Mail-Dienste vorgibt. Dadurch soll das Versenden von vertraulichen Nachrichten über das Internet sicherer werden. Bundesbeamte, die in Homo-Ehen leben, sollen finanziell nicht mehr benachteiligt werden. Beamte in eingetragenen Lebenspartnerschaften bekommen künftig dieselben Zuschläge wie verheiratete Heterosexuelle. Das entsprechende Gesetz soll rückwirkend zum 1. Januar 2009 gelten.